

Standpunkte

zur Frühjahrsession 2023 der Eidgenössischen Räte

20.3068 (SR) Mo. Der Swissmedic eine gewisse Eigeninitiative zugestehen

NEIN zur Motion. Das Stellen von Zulassungsgesuchen obliegt den Firmen, da sie die Belastbarkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse am besten kennen. Behördlich erzwungene Zulassungserweiterungen greifen in die Wirtschaftsfreiheit ein und gefährden Planungssicherheit, Standortattraktivität und Arzneimittelversorgung.

21.067 (SR) Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag

NEIN zu Initiative und indirektem Gegenvorschlag. Fixe Kostengrenzen, Zielvorgaben und Globalbudgets verhindern Innovation und rationieren den Zugang zu medizinischem Fortschritt.

21.047 (NR) Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Bundesgesetz

JA zum Mantelerlass. Die Vorlage ist in Übereinstimmung mit unseren Forderungen zur langfristigen Sicherung der Stromversorgung, v.a. bezüglich der Priorisierung der Versorgungssicherheit sowie der Straffung der Bewilligungsverfahren.

21.055 (NR) Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative). Volksinitiative und direkter Gegenentwurf

NEIN zur Gletscherinitiative, JA zum direkten Gegenentwurf des Bundesrates. Wir unterstützen das Netto-Null Ziel 2050 des Bunds für Treibhausgasemissionen im Grundsatz und damit den direkten Gegenentwurf. Wesentliche wirtschaftsrelevante Aspekte sind klarer zu adressieren.

22.3702 (SR) Mo. Energiezukunft durch sichere Nutzung des Untergrunds zur Speicherung

JA zur Motion. Der tiefe Untergrund soll für Wärmenutzung und Speicherung genutzt werden; dies ist aktuell aufgrund veralteter gesetzlicher Rahmenbedingungen nicht möglich.

22.3921 (NR) Mo. Zeitlich befristete Flexibilisierung des Arbeitsgesetzes im Falle einer Strom- und/oder Gasmangellage

JA zur Motion. Die Erfahrungen 2022 haben gezeigt, dass es Vorbereitungen braucht, um bei einer Energiemangellage rasch und zielstrebig handeln zu können, u.a. mit der gezielten und angemessenen Flexibilisierung der Arbeitsgesetzes.

22.4371 (SR) Ip. Massnahmen für stromintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb prüfen

JA zu den Anliegen der Interpellation. Es sind wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für energieintensive Betriebe zu schaffen. Dazu zählen die Flexibilisierung des Einsatzes von Notstromanlagen und Erleichterungen zur CO₂-Abgabe-Rückerstattung.

22.4596 (SR) Mo. Keine neuen Subventionen, die der Biodiversität und dem Klima schaden

NEIN zur Motion. Das Anliegen ist grundsätzlich anzuerkennen, der gewählte Ansatz ist nicht zielführend: Es fehlen eine integrale Betrachtungsweise und wesentliche Aspekte mit Blick auf Wirtschaftsstandort und Versorgungssicherheit.

22.461 (NR) Pa. Iv. Dringliches Gesetz zur Beschleunigung von fortgeschrittenen Windparkprojekten und von grossen Vorhaben der Speicherwasserkraft

JA zur Pa.Iv. Es braucht einen raschen, effizienten und technologieoffenen Ausbau der Schweizer Stromerzeugung. Die geforderte Straffung der Bewilligungsverfahren für Speicherwasser- und Windkraftprojekte ist ausgewogen und trägt der zunehmenden Stromknappheit Rechnung.

20.022 (NR) Agrarpolitik ab 2022 (AP22+)

JA gemäss WAK-N. Die Beschlüsse zur Umsetzung des Verbandsbeschwerderechts sind zu begrüssen. Der Fokus auf die zwei zentralen Aspekte (erstmalige Bewilligung eines Pflanzenschutzmittels mit einem neuen Wirkstoff; gezielte Überprüfung eines bestehenden Pflanzenschutzmittels) schafft ein Optimum zwischen Zulassungsverfahrensdauer und Mitspracherecht.

22.4449 (SR) Ip. Wie steht der Bundesrat zum Export von Pestiziden, die in der Schweiz verboten sind?

NEIN zu einem Exportverbot. Pflanzenschutzmittelzulassungen sind aufgrund regulatorischer Kriterien sowie klimatischer und agronomischer Bedingungen national geregelt. Schweizer Firmen handeln verantwortungsvoll und vermarkten Mittel nur in Ländern, in denen sie zugelassen sind.

20.3050 (SR) Mo. Titeläquivalenz für die höhere Berufsbildung

JA zur Motion. Die Titeläquivalenz stärkt die Stellung der höheren Berufsbildung. Bei der Einführung sind Abschlüsse gegenüber dem deutschsprachigen Europa einheitlich zu gestalten.

22.067 (NR) Ausländer- und Integrationsgesetz. Zulassungserleichterung für Ausländerinnen und Ausländer mit Schweizer Hochschulabschluss

JA zum erleichterten Arbeitsmarktzugang für Studierende aus Drittstaaten. Die Schweiz investiert nahezu 200 Mio. Franken pro Jahr in die Ausbildung dieser Fachkräfte. Drittstaatenangehörige sind von Kontingenten auszunehmen bei hohem wissenschaftlichem oder wirtschaftlichem Interesse der auszuübenden Erwerbstätigkeit.

21.480 (SR) Pa. Iv. Bundesgesetz über die Weiterführung und Erleichterung der Beziehungen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union;

22.3891 (NR) Mo. Einfacher Bundesbeschluss zum Bericht des Bundesrates zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU

NEIN zu beiden. Die Sicherung des bilateralen Wegs ist dringlich, aber nicht mit einem neuen Bundesgesetz. Dieses würde den Bundesrat bei der Verhandlungsführung beeinträchtigen und die Ausarbeitung würde mind. 2 Jahre dauern.

22.3012 (SR) Mo. Dringliche Massnahmen zugunsten des Schweizer Forschungs-, Bildungs- und Innovationsstandorts

NEIN zur Motion. Die EU macht die Assoziierung der Schweiz an ihren Programmen nicht von der Entrichtung eines weiteren Kohäsionsbeitrages abhängig, sondern von Fortschritten in Bezug auf die institutionellen Fragen. Eine Verknüpfung von Marktzugang und Zugang zu Forschungsprogrammen ist deshalb strikt abzulehnen.

22.4277 (NR) Mo. Institutionelle Regeln für die Teilnahme der Schweiz am EU-Binnenmarkt. Unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen mit der EU

JA zur Motion. Aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung besteht ein vitales Interesse an der Bewahrung der bilateralen Abkommen mit der EU. Aus Sicht unserer Industrien sind die bilateralen Abkommen mit der EU ein wichtiger Standortfaktor ohne Aussicht auf eine gleichwertige Alternative. Je rascher die Beziehung zur EU gefestigt werden kann, desto besser.

22.3557 (SR) Mo. Neutralität wahren, Stib stärken. Abschaffung der Nichtwiederausfuhrklärung für Länder mit gleichen Werten und vergleichbarem Exportkontrollregime

NEIN zur Motion. Diese löst das Problem der Wiederausfuhr in kriegsführende Länder nicht. Firmen brauchen eine rechtlich verbindliche Zusage, dass ihre Waren nicht an Länder, die im Krieg stehen, ausgeführt werden. Diese liegt mit einer Nichtwiederausfuhr-Erklärung bereits vor.

22.4279 (NR) Mo. Schlupflöcher zur Umgehung von nach dem Embargogesetz verhängten Sanktionen umgehend schliessen

NEIN zur Motion. "Ring fencing" ist im Einklang mit dem Embargogesetz. Sanktionen gegen Einzelpersonen dürfen nicht-sanktionierte Unternehmen nicht in den Konkurs treiben, v.a. wenn diese für die Versorgungssicherheit relevant sind.

23.008 (NR/SR) Aussenwirtschaftspolitik 2022. Bericht

Die Schweiz braucht eine gute Integration in die Weltwirtschaft und den Zugang zu möglichst offenen Märkten. Protektionistischen Massnahmen Dritter ist entschieden entgegenzutreten.

23.3005 (NR) Mo. Änderung des Kriegsmaterialgesetzes

JA zur Motion. Wir unterstützen die Erweiterung der Ausnahmen in Art. 18 des KMG. Die Erteilung von Ausnahmen basierend auf dem völkerrechtlichen Gewaltverbot durch die UN sowie der Wahrung der aussenpolitischen Interessen ist zielführend und schafft Rechtssicherheit für die Firmen.

22.4122 (NR) Mo. Geschäftsbedingungen für Grenzbetriebe verbessern

JA zur Motion. Die Anpassungen verbessern nicht nur die Geschäftsbedingungen betroffener Firmen, sondern auch die Rechtssicherheit für Arbeitnehmende und -gebende – eine ressourcenschonende, kostenoptimierte Lösung.

22.4452 (SR) Po. Sicherstellung eines funktionierenden Ressourcenausgleichs innerhalb der Schweiz als Folge der OECD-Mindeststeuer

JA zum Postulat. Alle Kantone, auch ressourcenschwache, sollen von den Steuereinnahmen profitieren können. Unverhältnismässige Disparitäten zwischen den Kantonen sind zu vermeiden.

23.3001 (SR) Mo. Zeitgemässe Rechtsgrundlagen für den Schutz kritischer Infrastrukturen

JA zur Motion. Zur Bewältigung eines Krisenfalls braucht es klare Zuständigkeiten und Prozesse. Der Bund muss Rechtsgrundlagen eng mit Privaten und Eigentümern kritischer Infrastrukturen erarbeiten und nur wo nötig Unterstützung bieten.

scienceindustries ist der Wirtschaftsverband Chemie Pharma Life Sciences. Unsere 250 Mitgliedfirmen bilden mit 50% die grösste Exportindustrie und stellen 40% der privaten Forschungsaufwendungen der Schweiz.

Ihr Kontakt:

Dr. Stephan Mumenthaler, Direktor

Tel. 044 368 17 20

stephan.mumenthaler@scienceindustries.ch

Pia Guggenbühl, Public Affairs & Kommunikation

Tel. 044 368 17 44

pia.guggenbuehl@scienceindustries.ch